Koopmans: Politik muss politischen Islam schärfer bekämpfen

23. Juni 2021



Berlin (KNA) Der Soziologe und Migrationsforscher Ruud Koopmans fordert von der deutschen Politik mehr Wachsamkeit und Misstrauen gegenüber den Akteuren des politischen Islam. „Ich halte den politischen Islam für ein stark unterschätztes Problem, das in den vergangenen Jahren immer größer geworden ist“, sagte Koopmans am Dienstag im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Berlin. Ob die Empörung über antisemitische Ausschreitungen oder die Gründung eines „Expertenkreises politischer Islamismus“ beim Bundesinnenministerium, in den auch Koopmans berufen wurde, eine Kehrtwende einleite, müsse sich nun zeigen.

„Es herrscht seit Jahrzehnten eine weit verbreitete Mischung aus Unkenntnis, Naivität und Angst, als ‚islamfeindlich‘ zu gelten“, so der Wissenschaftler. Er kritisierte, dass die NRW-Regierung unter CDU-Ministerpräsident Armin Laschet noch im Mai den umstrittenen türkisch-islamischen Verband Ditib am islamischen Religionsunterricht beteiligt habe. „Bei den führenden Grünen-Politikern hört man nur Cem Özdemir als warnende Stimme. Am deutlichsten ist das Wegschauen bei der SPD“, sagte Koopmans. Offenbar hoffe die Partei immer noch auf ihr traditionelles Wählerklientel unter muslimischen Migranten, „obwohl ihr

die Union da längst die Stimmen abgräbt“.

Beifall von der AfD für seine Forderung nach mehr Wachsamkeit sei zwar unerfreulich, „aber lässt sich bei diesem Thema nie ganz vermeiden und darf einer Debatte unter Demokraten über religiös begründete Formen des Extremismus nicht im Wege stehen“. Es flössen zurecht reichlich Mittel in die Prävention von Rassismus und Rechtsextremismus. „Wir brauchen ein ähnliches Verständnis von der Gefahr des islamistischen Extremismus.“ Das Problem liege auch dort nicht nur in der Gruppe der Gewalttäter und Gefährder, sondern bei Organisationen, „die verfassungswidrige Ziele verfolgen, Hass auf Andersgläubige und Andersdenkende verbreiten und zum Teil direkt von diktatorischen ausländischen Regimen gelenkt werden.“

© KNA

Beitragsbild: © David Ausserhofer

Stand: 13. November 2026